

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Wir Grünen setzen uns im Bereich der Arbeitsmarktpolitik für eine vernünftige Mischung aus Flexibilität und Sicherheit ein. Beides ist notwendig: einerseits müssen Arbeitnehmer eine gewisse Flexibilität zeigen und Arbeitgebern die Möglichkeit gegeben werden, flexibel auf bestimmte Marktsituationen zu reagieren. Andererseits soll auch nicht völliges hire and fire die Regel in Deutschland werden.

Ein wichtiges Ziel grüner Wirtschaftspolitik ist die Förderung des Mittelstandes. Dieser muss von der manchmal überbordenden Bürokratie befreit werden. Bürokratieabbau ist sicherlich keine einfache Aufgabe und alle Parteien haben in den vergangenen Jahrzehnten sicherlich mehr an Bürokratie auf- als abgebaut. Dennoch wäre eine signifikante Reduktion der Bürokratie enorm wichtig. Die rot-grüne Bundesregierung hat dazu ein paar vielversprechende Ansätze gezeigt (Bürokratieabbaugesetz). Dieser Weg müsste unbedingt weiter verfolgt werden.

Des weiteren ist ein transparentes und einfaches Steuersystem notwendig. Steuervergünstigungen müssen abgebaut werden, die Steuersätze im Gegenzug gesenkt werden. Rot-grün hat in den vergangenen 7 Jahren den Spitzensteuersatz und den Eingangssteuersatz um 10 Prozentpunkte gesenkt und eine Reihe von Steuerprivilegien gestrichen. Dieser Weg ist weiterzuverfolgen.

Die Botschaft von Paul Kirchhof, er werde diesen Weg noch viel radikaler gehen als rot-grün es sich je trauen würde, hören wir wohl. Warum wir es aber glauben sollen, bleibt unklar. Obwohl wir uns im Wahlkampf und nicht in Koalitionsverhandlungen befinden, wird Herr Prof. Kirchhof heute schon von Unionsgranden wie Volker Kauder oder Günther Oettinger zurecht gestutzt. Kirchhof wäre nicht der erste und nicht der letzte Finanzminister, der mit großen Ziele gestartet ist und letztlich nur bescheidenes leisten konnte.

Ob Herr Prof. Kirchhof wirklich Finanzminister wird, bleibt unklar. Vielleicht kann Edmund Stoiber der Versuchung eines Eintritts in die Bundesregierung doch nicht widerstehen. Angela Merkel wäre froh, hätte sie ihn am Kabinetttisch doch besser unter Kontrolle als in München. Die von der Union angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnen wir als konjunkturschädliche Maßnahme ab. Der Weg der Haushaltskonsolidierung, so schwer er in Zeiten schwacher Konjunktur ist muss weiter gegangen werden. Wir dürfen nicht auf Kosten kommender Generation wirtschaften.

Wir sind programmatisch gut aufgestellt. Ebenso gut ist es um unser Personal bestellt. Christine Scheel, unsere bayerische Finanzexpertin ist mehrfach mit Preisen des deutschen Mittelstandes ausgezeichnet worden.